

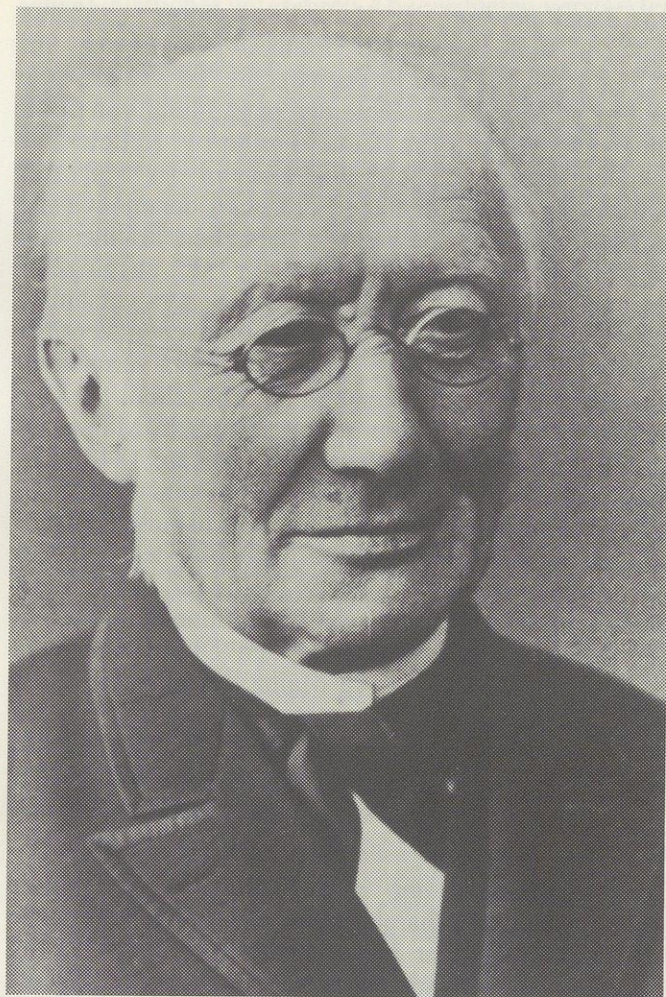
Ludwig Windthorst und die deutschen Katholikentage — Ein Beitrag zum 100. Todestag des Zentrumsführers

Von Hans-Georg Aschoff

I.

Der Beginn der deutschen Katholikentage¹ liegt im Revolutionsjahr 1848. Am 23. März gründete der Mainzer Domkapitular Adam Franz Lennig den „Pius-Verein für religiöse Freiheit“, der sich das Ziel setzte, die im Zuge der Märzrevolution errungenen Freiheiten für die katholische Kirche und die katholische Bevölkerung fruchtbar zu machen. Der Verein trat in seinem Kampf gegen das Staatskirchentum, das die Kirche einer strengen staatlichen Kontrolle unterworfen hatte, für die Ausweitung und Sicherung des kirchlichen Freiheitsraumes und die Aufhebung von Benachteiligungen der Katholiken im gesellschaftlichen und politischen Leben ein. Nach dem Mainzer Vorbild entstanden in den folgenden Monaten ungefähr 400 Vereine mit annähernd 100 000 Mitgliedern, die die gleichen Ziele verfolgten. Die Pius-Vereine waren hauptsächlich die Träger von über 1000 Petitionen an die gleichzeitig tagende Frankfurter Nationalversammlung, in denen die verfassungsrechtliche Verankerung der Kirchenfreiheit gefordert wurde. Während des Kölner Dombaufestes im August 1848 wurde der Beschluß gefaßt, diese Vereine zu einem Bund zusammenzuschließen, um ihre gesellschaftliche und politische Wirksamkeit zu steigern. Dieser Zusammenschluß zum „Katholischen Verein Deutschlands“ erfolgte auf einer Generalversammlung in Mainz, die vom 3.—10. Oktober tagte und in der man den ersten deutschen Katholikentag erblicken darf.

In der Folgezeit fanden regelmäßige jährliche Treffen in verschiedenen Orten des Deutschen Bundes statt, wobei sich die Generalversammlung auch sechsmal im Gebiet der Habsburger Monarchie² traf. Das ursprüngliche Anliegen, den kirchlich-religiösen Bereich gegen Übergriffe des Staatskirchentums in den einzelnen deutschen Ländern zu wahren und die Emanzipation der Katholiken voranzutreiben, blieb weiterhin erhal-



Ludwig Windthorst (1812—1891).

1 J. B. Kißling, Geschichte der deutschen Katholikentage 2 Bde., Münster 1920/23; K. Fürst zu Löwenstein, Art. „Deutscher Katholikentag“, in: Staatslexikon Bd. 2, Freiburg 1958, Sp. 659—662; E. Filthaut, Deutsche Katholikentage 1848—1958 und die soziale Frage, Essen 1960; K. Buchheim, Art. „Katholikentage“, in: Lexikon für Theologie und Kirche Bd. 6, Freiburg 1961, Sp. 69—72; K. H. Grenner, Die deutschen Katholikentage. Entwicklung ihrer Ziele und organisatorischen Struktur, in: Civitas. Jahrbuch für Sozialwissenschaften Bd. 8, 1969, S. 104—125; R. Morsey, Streiflichter zur Geschichte der deutschen Katholikentage 1848—1932, in: Jahrbuch für christliche Sozialwissenschaften Bd. 26, 1985, S. 9—24; F. Kronenberg, Art. „Deutscher Katholikentag“, in: Staatslexikon Bd. 2, Freiburg/Basel/Wien 1986, Sp. 14—16.

Die amtlichen Tagungsberichte sind veröffentlicht als: Verhandlungen der ... Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu ... Nach stenographischer Aufzeichnung, 1879 ff. (hg. vom Lokalkomitee des jeweiligen „Vorortes“). Abkürzung: Verhandlungen ...

2 1850 Linz, 1853 Wien, 1856 Linz, 1857 Salzburg, 1860 Prag, 1867 Innsbruck.

ten; dabei gewann die Vorstellung immer größeres Gewicht, daß kirchliche Freiheit am besten im Rahmen allgemeiner Freiheitsrechte zu sichern sei. Bereits auf der ersten Generalversammlung von 1848 hatte sich Wilhelm Emmanuel Freiherr v. Ketteler zur sozialen Frage geäußert; und auch in der Folgezeit blieben die Katholikentage Foren, auf denen sich die katholisch-soziale Bewegung darstellen konnte und von denen wichtige Impulse für sie ausgingen.³ Besondere Bedeutung besaßen die Generalversammlungen für die Entwicklung des katholischen Vereinswesens in Deutschland; etliche Vereine verdankten Initiativen der Katholikentage ihr Entstehen. So kam es bereits auf der ersten Versammlung in Mainz zur Gründung von katholischen Preßvereinen; 1848/1849 wurde die Ausweitung der Vinzenz- und Elisabethkonferenzen betrieben; auf dem Regensburger Katholikentag von 1849 trat auf die Anregung des Münchener Kirchenhistorikers Ignaz v. Döllinger der „Bonifatiusverein für das katholische Deutschland“ ins Leben, der sich um die Seelsorge in den Diasporagebieten bemühte. 1871 entstand in Mainz der „St. Raphaelsverein“ zur Betreuung von Auswanderern, und auf dem Höhepunkt des Kulturkampfes wurde 1876 in Koblenz die „Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland“ ins Leben gerufen.

Die Ausweitung der katholischen Organisationen veränderte den Charakter der Katholikentage. Sie blieben nicht länger Jahrestreffen des „Katholischen Vereins Deutschlands“, sondern wurden ab 1858 als Generalversammlung der „katholischen Vereine Deutschlands“ bezeichnet; sie nahmen damit den Charakter einer Dachorganisation der katholischen Vereine an. Für die Vorbereitung und Durchführung der Katholikentage sowie für die Realisierung der dort gefaßten Beschlüsse war seit 1869 ein Zentralkomitee verantwortlich, zu dessen erstem Präsidenten Karl Heinrich Fürst zu Löwenstein gewählt wurde. Bereits drei Jahre später löste man das Zentralkomitee aus vereinsrechtlichen Gründen wieder auf, seine Aufgaben übernahm Fürst Löwenstein als „Kommissar der Generalversammlungen“ bis zu seinem Rücktritt im Jahr 1898. Aus ähnlichen Gründen war bereits 1871 in Mainz beschlossen worden, die Katholikentage in „Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands“ umzubenennen.

Die jährlichen Generalversammlungen standen unter der Leitung eines Präsidenten, dem anfangs ein, seit 1858 zwei Vizepräsidenten assistierten.⁴ Die Mitglieder des Präsidiums waren katholische Honoratioren, in der Regel Laien, wobei bis zum Ersten Weltkrieg der

Anteil der Adligen besonders hoch war. Der Schwerpunkt der Tagungen lag anfangs in den „geschlossenen Versammlungen“, während die „öffentlichen Versammlungen“, an denen auch Frauen teilnehmen konnten, erst allmählich an Bedeutung gewannen. Für die Ausarbeitung von Resolutionen wurden verschiedene Ausschüsse gebildet, in denen auch entschieden wurde, ob Anträge an den Katholikentag dem Plenum zur Annahme oder zur Ablehnung empfohlen werden sollten. Mitglied der Generalversammlung konnte jeder katholische Reichsdeutsche durch den Erwerb einer Mitgliedskarte werden, die ihn zur Wahl des Katholikentagspräsidiums, der Ausschußvorsitzenden und der Mitglieder des Zentralkomitees sowie zur Abstimmung über Anträge und Resolutionen in den Ausschüssen und im Plenum berechnete. Trotz dieser weiten Öffnung der Generalversammlungen für alle männlichen deutschen Katholiken behielten die Katholikentage lange Zeit den Charakter von Delegiertenkonferenzen, auf denen sich Vertreter der katholischen Vereine und der Diözesen zusammenfanden. Dadurch war die Zahl der Teilnehmer, die zuweilen bis zur Hälfte Geistliche waren,⁵ anfangs eher begrenzt. 1865 wurden in Trier etwa 400 Teilnehmer gezählt. 1885 überschritt ihre Anzahl bereits 2000, während sie in den 1890er Jahren über 5000 betrug.⁶ Zu Massenveranstaltungen entwickelten sich die Katholikentage erst nach der Jahrhundertwende.

Während die ersten Katholikentage nur „begrenzte Resonanz in der Öffentlichkeit“ fanden,⁷ änderte sich dies vor dem Hintergrund des Kulturkampfes, der eine neue Phase in ihrer Geschichte einleitete und ihnen einen stärkeren politischen Charakter verlieh. Bis dahin hatten sich die Katholikentage gegenüber allgemeinpolitischen Fragen eher zurückhaltend gegeben. Besonders traf dies auf das Problem des deutschen Nationalstaates zu, eine Frage, in der unter den deutschen Katholiken durchaus unterschiedliche Positionen vertreten wurden, wenn auch ihre Mehrheit großdeutsch orientiert war. Auf der Breslauer Generalversammlung 1872 wurde der § 15 der Geschäftsordnung, der neben der konfessionellen auch die politische Polemik untersagte, dahingehend geändert, daß in Zukunft lediglich der konfessionelle Streit vermieden werden sollte.⁸ Im Kulturkampf, der sich 1872 mit

3 Vgl. allgemein E. Filthaut (wie Anm. 1).

4 Vgl. v. a. K. H. Grenner (wie Anm. 1), S. 111 ff.

5 R. Morsey (wie Anm. 1), S. 15.

6 Ebenda, S. 13.

7 Ebenda, S. 10.

8 J. B. Kißling Bd. 2 (wie Anm. 1), S. 35 f.

dem Jesuitengesetz, dem preußischen Schulaufsichtsgesetz und dem Schulerlaß des preußischen Kultusministers Adalbert Falk, nach dem die Tätigkeit katholischer Ordensleute in öffentlichen Volksschulen untersagt wurde, bereits angekündigt hatte, entwickelten sich die Katholikentage zu einer „überregionalen Plattform“⁹, auf der die Auseinandersetzung mit der kirchenfeindlichen Politik Bismarcks und dem antikirchlichen Liberalismus stattfand.

Die italienische Nationalstaatsbildung, die 1870 den Untergang des Kirchenstaates herbeigeführt hatte und damit die Unabhängigkeit des Papstes als geistliches Oberhaupt gefährdete, zwang die deutschen Katholiken außerdem zu einem stärkeren politischen Engagement; in den folgenden Jahrzehnten gehörte die Forderung nach Wiederherstellung des Kirchenstaates und nach Sicherung der päpstlichen Souveränität zum festen Bestandteil der Katholikentage.

II.

Der allgemeinen Konzentrationsbewegung im deutschen Katholizismus unter dem Einfluß des Kulturkampfes entsprachen die sich intensivierenden Beziehungen zwischen den Katholikentagen und der Zentrumsparlei.¹⁰ Das Zentrum war durch den Zusammenschluß katholischer Abgeordneter im preußischen Abgeordnetenhaus im November/Dezember 1870 und im Deutschen Reichstag im Frühjahr 1871 entstanden.¹¹ Die Tatsache, daß die Katholiken in dem neuen kleindeutschen Nationalstaat in der Minderheit waren und daher Benachteiligungen befürchteten, sowie Angriffe vornehmlich von liberaler Seite auf die katholische Kirche und Versuche, den kirchlichen Einfluß auf die Gesellschaft und Politik zurückzudrängen, waren wesentliche Gründe für diese parlamentarische Verbindung. Das Zentrum trat für den Ausbau des Föderalismus, die Gewährleistung bürgerlicher und religiöser Freiheiten, den Schutz der Rechte der Religionsgemeinschaften sowie die Förderung des moralischen und materiellen Wohls aller Volksklassen ein. Von Anfang an erhoben seine Vertreter den Anspruch, eine politische und überkonfessionelle Partei und damit auch für Nichtkatholiken wählbar zu sein. Die ausgeprägten konfessionellen Gegensätze in Deutschland und die planvolle Politik Bismarcks, das Zentrum als katholische Interessenvertretung zu diskreditieren, trugen dazu bei, daß die Partei hinsichtlich ihrer Wähler auf die Katholiken beschränkt blieb. Die Unterstützung, die sie von den katholischen Organisationen erhielt, und die beträchtliche Anzahl katholi-

scher Geistlicher unter ihren Abgeordneten verstärkten das konfessionelle Erscheinungsbild. Der Kulturkampf trug erheblich zur Mobilisierung der katholischen Wählerschaft bei. Anfang der 1880er Jahre entschieden sich über 80 % der deutschen Katholiken bei den Reichstagswahlen für das Zentrum, das zu dieser Zeit die stärkste Fraktion im Reichstag und die zweitstärkste im preußischen Abgeordnetenhaus war.¹²

Zur wichtigsten Führungspersönlichkeit der Partei entwickelte sich Ludwig Windthorst.¹³ 1812 in Oster-

9 R. Morsey (wie Anm. 1), S. 10.

10 Über das Zentrum: K. Bachem, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumsparlei. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung sowie zur allgemeinen Geschichte des neueren und neuesten Deutschland 1815—1914, 9 Bde., Köln 1927/32; K. Buchheim, Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland, München 1953; E. L. Evans, The German Center Party, 1870—1933. A Study in Political Catholicism, Carbondale/Edwardsville 1981; U. Mittmann, Fraktion und Partei. Ein Vergleich von Zentrum und Sozialdemokratie im Kaiserreich, Düsseldorf 1976; W. Becker u. R. Morsey (Hrsg.), Christliche Demokratie in Europa, Köln/Wien 1988.

11 Zur Frühgeschichte: W. Real (Hrsg.), Katholizismus und Reichsgründung. Neue Quellen aus dem Nachlaß Karl Friedrich von Savignys, Paderborn 1988.

12 Vgl. J. Schauff, Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, hrsg. v. R. Morsey, Mainz 1975, S. 16ff., 70ff.

13 Über Windthorst v. a.: E. Hüsen, Ludwig Windthorst, Köln 1907; K. Bachem (wie Anm. 10), v. a. Bd. 5, Köln 1929, S. 165ff.; E. Deuerlein, Ludwig Windthorst, in: Stimmen der Zeit Bd. 169, 1961/62, S. 277—297; W. Spael, Ludwig Windthorst. Bismarcks kleiner, großer Gegner, Osnabrück 1962; W. R. Röhrbein, Ludwig Windthorst, in: Ders., Wegbereiter des demokratischen Rechtsstaates in Niedersachsen, Hannover 1966, S. 53—91, 97—100; R. Lill, Zur Politik Ludwig Windthorsts, in: K. Kluxen u. W. J. Mommsen (Hrsg.), Politische Ideologien und nationalstaatliche Ordnung. Festschrift für Theodor Schieder zu seinem 60. Geburtstag, München/Wien 1968, S. 317—335; R. Morsey, Ludwig Windthorst (1812—1891), in: J. Aretz u. a. (Hrsg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern Bd. 3, Mainz 1979, S. 62—74; P. Colonge, Ludwig Windthorst (1812—1891). Sa pensée et son action politiques jusqu'en 1875 2 Bde., Lille 1983; M. L. Anderson, Windthorst. Zentrumspolitiker und Gegenspieler Bismarcks, Düsseldorf 1988; H.-G. Aschoff, Rechtsstaatlichkeit und Emanzipation. Das politische Wirken Ludwig Windthorsts, Sögel 1988; Ders., Ludwig Windthorst. Ein christlicher Politiker in einer Zeit des Umbruchs, Hannover 1991; Ludwig Windthorst 1812—1991. Christlicher Parlamentarier und Gegenspieler Bismarcks. Begleitbuch zur Gedenkausstellung aus Anlaß des 100. Todestages, Red. H. Meemken, Meppen 1991. Quellenpublikationen: L. Windthorst, Ausgewählte Reden des Staatsministers a. D. und Parlamentariers Dr. Ludwig Windthorst, gehalten in der Zeit von 1851—1891 3 Bde., Osnabrück 1902/03; H.-G. Aschoff (Hrsg.), Ludwig Windthorst (Quellentexte zur Geschichte des Katholizismus Bd. 9), Paderborn 1991.

cappeln bei Osnabrück geboren, ließ er sich nach dem Jurastudium in Göttingen und Heidelberg in den 1830er Jahren in Osnabrück als Rechtsanwalt nieder. Seine politische Tätigkeit begann 1849 mit der Wahl in die Zweite Kammer der hannoverschen Ständeversammlung, wo er die reformkonservative Politik des hannoverschen Märzministeriums Bennigsen-Stüve unterstützte. 1851 wurde er als erster Katholik im Königreich Hannover von König Georg V. in ein Ministeramt berufen. Als Justizminister bemühte er sich bis zu seiner Entlassung 1853 um eine zeitgemäße Reform des hannoverschen Justizwesens. Von 1862—1865 hatte er erneut das hannoversche Justizressort inne.

Ein wichtiger Grund für seine Entlassung war beide Male die vermittelnde Haltung, die Windthorst in dem Konflikt zwischen der autokratischen Regierungsweise des Königs und den von den Ständen erhobenen Forderungen nach einer liberaleren Ausgestaltung der Verfassung einzunehmen versuchte. Bereits während des Königreiches Hannover wurden wesentliche Grundsätze Windthorsts, z. T. beeinflusst durch seine Zugehörigkeit zur katholischen Konfessionsminderheit, geprägt; hierzu gehörten vor allem das Eintreten für staatsbürgerliche Rechtsgleichheit und konfessionelle Parität. Seine politische Haltung war während dieser Zeit mit den Begriffen Reformkonservatismus, gemäßigter Konstitutionalismus, Festhalten am monarchischen Prinzip mit Distanz gegenüber dem Prinzip der Volkssouveränität zu umschreiben.

Einen tiefen Einschnitt bedeutete in seinem Leben das Jahr 1866; im Ausschluß Österreichs aus dem Deutschen Bund, vor allem aber in der Annexion Hannovers durch Preußen und seiner Degradierung zur preußischen Provinz manifestierte sich für ihn ein Staat, der sich über traditionelles Recht hinwegsetzte. In Preußens Vorgehen zeigte sich in krasser Weise eine „Staatsomnipotenz“, die es zu bekämpfen galt. Diese Überzeugung wurde noch durch den Kulturkampf nach der Reichsgründung gestärkt, in dessen Verlauf der preußische Staat z. T. mit Hilfe Grund- und Menschenrechte verletzender Maßnahmen seine Kontrolle über die Kirche auszubauen versuchte. Unter dem Eindruck der preußischen Politik kam Windthorst zu einer neuen Würdigung parlamentarischer und demokratischer Einrichtungen, denen er anfangs distanziert gegenübergestanden hatte, in denen er nun aber Mittel zur Begrenzung staatlicher Macht und zur Sicherung von Freiheitsräumen sah; dazu gehörten die unbedingte Beachtung der Verfassung, die Stärkung des Föderalismus, die konstitutio-

nelle Gewährleistung von Freiheitsrechten und der Einsatz einer den „Grundrechten“ verpflichteten Partei.

Windthorst hatte zu den Mitbegründern der hannoverschen Oppositionsbewegung gegen die preußische Politik gehört, die zum erstenmal bei den Wahlen zum Norddeutschen Konstituierenden Reichstag im Februar 1867 in Erscheinung getreten war und die sich in der Folgezeit hauptsächlich in der Deutschhannoverschen Partei (DHP) organisierte.¹⁴ Windthorst wurde im Februar in den Reichstag und im November 1867 in das preußische Abgeordnetenhaus für die Wahlkreise im Emsland gewählt und blieb bis zu seinem Tod 1891 im Besitz beider Mandate.

Als die DHP immer stärker die Restauration des Königreiches Hannover als ihr eigentliches politisches Ziel herausstellte, ging Windthorst zunehmend auf Distanz zu seinen ursprünglichen Gesinnungsgenossen, weil ihm die Wiederherstellung Hannovers als unrealistisch erschien. Sein eigentliches Betätigungsfeld fand er nach der Reichsgründung in der Zentrumspartei, der er sich nach einigem Zögern anschloß. Das Zentrum kam seinen reformkonservativen, christlichen Grundanschauungen am nächsten. Es gelang ihm innerhalb der Partei, vor allem nach dem Tod Hermann v. Mallinckrodt (1874), eine unangefochtene Führungsposition zu erreichen, wozu seine unermüdliche Aktivität, seine Verbindlichkeit auch gegenüber dem politischen Gegner, seine Fähigkeit zu innerparteilichem Ausgleich, seine parlamentarische Routine und Taktik, vor allem sein unerschrockenes Auftreten gegen die staatlichen Machtansprüche und die Unrechtsmaßnahmen während des Kulturkampfes erheblich beitrugen. Bismarck sah in ihm seinen bedeutendsten parlamentarischen Gegenspieler.

Windthorst erreichte im Zentrum eine Schärfung des Bewußtseins für Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenschutz, was sich u. a. in der Ablehnung des Sozialistengesetzes 1878, antisemitischer Angriffe und der diskriminierenden Maßnahmen gegen die polnische Bevölkerung Preußens durch die Partei äußerte. Vor allem gelang es ihm, trotz aller Angriffe der Reichsleitung und der preußischen Regierung die Partei von einer Fundamentalopposition fernzuhalten, sie vielmehr unter Ausnutzung der ihr in den Parla-

¹⁴ Vgl. H.-G. Aschoff, *Welfische Bewegung und politischer Katholizismus 1866—1918. Die Deutschhannoversche Partei und das Zentrum in der Provinz Hannover während des Kaiserreiches*, Düsseldorf 1987.

menten zugefallenen Schlüsselstellung als ein Mittel einzusetzen, um die politische und gesellschaftliche Isolation des katholischen Bevölkerungsteils aufzubrechen und dessen Integration in das Kaiserreich voranzutreiben.

III.

Eine gute Möglichkeit zur Mitgestaltung der Reichsgesetzgebung ergab sich für die Partei im Rahmen der konservativen Wende in der Innen- und Wirtschaftspolitik Bismarcks. Der Reichskanzler sah im Abgehen vom Freihandel und in der Einführung des Schutzzolls ein probates Mittel zur Eindämmung der sich verschärfenden Wirtschaftskrise in der zweiten Hälfte der 1870er Jahre und zur Stärkung der Finanzkraft des Reiches. Weder diese Wirtschaftspolitik noch die beabsichtigte Sozialversicherungspolitik als begleitende Maßnahme des Sozialistengesetzes fand die Unterstützung der liberalen Parteien, deren nationalliberaler Flügel nach der Reichsgründung der wichtigste parlamentarische Verbündete Bismarcks gewesen war. Die Realisierung der neuen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik war nur durch eine Aussöhnung mit den Konservativen und durch eine Annäherung an das wirtschafts- und sozialpolitisch antiliberaler Zentrum möglich, die beide die dem Reichskanzler notwendige Mehrheit im Reichstag garantieren konnten.¹⁵ Nicht zuletzt um Bismarck seine Abhängigkeit vom Zentrum vor Augen zu führen und ihn zur Beilegung des Kulturkampfes zu veranlassen, stimmte die Partei im Sommer 1879 unter Windthorsts Leitung der Schutzzollvorlage zu, verhinderte aber durch die nach dem Vorsitzenden der Reichstagsfraktion benannte „Frankensteinsche Klausel“, nach der die Zolleinnahmen, die den Betrag von 130 Millionen Mark überschritten, an die Länder abgeführt werden mußten, aus föderalistischen Überlegungen eine einseitige finanzpolitische Stärkung der Reichsgewalt. Nach der Einführung des Schutzzolls, der sowohl auf landwirtschaftliche als auch auf industrielle Erzeugnisse erhoben wurde, mußten sich dessen parlamentarische Befürworter mit dem hauptsächlich von sozialdemokratischer Seite erhobenen Vorwurf der „Brotverteuerung“ auseinandersetzen. Schwerer als diese Vorhaltung wog für das Zentrum die Tatsache, daß es seinen Wählern verständlich machen mußte, weshalb es in einem wichtigen Punkt die Opposition gegen Bismarck aufgegeben hatte, ohne daß seitens der Regierung kirchenpolitische Zugeständnisse gemacht worden waren. Als ein wirkungsvolles außerparlamentarisches Forum, auf dem das Abstimmungsverhalten erklärt werden

konnte, erkannten Windthorst und andere Parteiführer die Generalversammlungen der deutschen Katholiken. Sie erschienen zum ersten Mal auf dem Aachener Katholikentag vom 8.—11. September 1879;¹⁶ in der Folgezeit waren Repräsentanten der Zentrumsführung regelmäßig auf den Katholikentreffen vertreten.

Bereits 1871 nach der Konstituierung der Zentrumsfraktion im Reichstag waren deren Mitglieder zur Teilnahme an der Generalversammlung in Mainz eingeladen worden.¹⁷ Jedoch waren Zentrumsabgeordnete weder in Mainz noch auf den folgenden Katholikentagen in nennenswerter Anzahl erschienen. Vor allem hielt sich Windthorst anfangs von den Veranstaltungen fern; möglicherweise wollte er „durch deren Beschlüsse und ganze Haltung nicht gebunden werden“,¹⁸ d. h. seine freie Entscheidung in politischen Fragen nicht gefährden. Vielleicht kam in seiner Abwesenheit auch das Mißtrauen gegenüber außerparlamentarischen politischen Aktionen zum Ausdruck, die leicht außer Kontrolle geraten konnten. So stand er z. B. dem 1872 von Felix v. Loë-Terporten gegründeten „Verein der deutschen Katholiken“ distanziert gegenüber, der sich nach dem Vorbild der Catholic Association des Iren Daniel O'Connor aus dem beginnenden 19. Jahrhundert die Aufgabe gestellt hatte, die Katholiken mit Hilfe von Massenveranstaltungen und Flugschriften für die Restauration des Kirchenstaates, vor allem aber gegen die Kulturkampfgesetze zu mobilisieren.¹⁹ 1879 hatte Windthorst nun vor dem Hintergrund der politischen Neuorientierung einen konkreten Anlaß, um auf einem Katholikentag zu erscheinen. Er hatte die Bedeutung dieser Treffen für den deutschen Katholizismus erkannt und wollte die Möglichkeit nutzen, diese „größte und publikumswirksamste Versammlung der Katholiken Deutschlands“²⁰ für die Partei wirksam zu machen. Hier bot sich die Gelegenheit, die Partei personell und programmatisch darzustellen, Verbindungen zu den katholischen Organisationen anzuknüpfen, zu intensivieren und ein gemeinsames Vorgehen zu koordinieren. Hinzu kam, daß Windthorst Einfluß auf den Verlauf der Veranstaltungen gewinnen wollte, um integrale

15 Vgl. J. Horstmann, Die Wirtschaftspolitik des Zentrums und die handelspolitische Revision in den späten siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, in: Jahrbuch für christliche Sozialwissenschaften Bd. 24, 1983, S. 237—272.

16 Verhandlungen 1879.

17 K. Bachem (wie Anm. 10), Bd. 3, S. 395 f.

18 Ebenda, S. 396.

19 H.-G. Aschoff, Rechtsstaatlichkeit (wie Anm. 13), S. 88 f.

20 U. Mittmann (wie Anm. 10), S. 118.

Gruppen an Äußerungen zu hindern, die die Beilegung des Kulturkampfes gefährden konnten.

Das Abstimmungsverhalten des Zentrums in der Schutzzolldiskussion kam in der Versammlung des Aachener Pius-Vereins zur Sprache, die am 9. September in zeitlicher Verbindung zur Generalversammlung tagte und von 4000 Personen, vornehmlich Arbeitern, besucht wurde.²¹ Die Rechtfertigung der Zentrumspolitik nahm der Abgeordnete Burghard Freiherr v. Schorlemer-Alst vor, dessen Rede eine Abrechnung mit dem wirtschaftlichen Liberalismus war. Diesem wies er die Schuld an der wirtschaftlichen Misere zu, besonders an der gedrückten Lage der Arbeiter. Schorlemer hob demgegenüber die arbeiterfreundliche Zentrumspolitik hervor; in den Schutzzöllen sah er wegen der Einschränkung der ausländischen Konkurrenz ein wichtiges Mittel zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Gegen Ende der Sitzung betrat Windthorst den Saal; er wurde sofort von dem Versammlungsleiter Timmermans aufgefordert, einige Worte an die Anwesenden zu richten.²² Der Zentrumsführer appellierte an die Treue der Arbeiter zur Partei und unterstrich noch einmal Schorlemers Ausführungen. Als besondere Aufgabe der Zentrumsabgeordneten, der „vom Volke Gewählten und Berufenen, um Zeugniß abzulegen für die Wahrheiten unserer Religion“²³, bezeichnete er es, „Alles aufzubieten, um die Lage der Arbeiter zu bessern“.²⁴

Windthorst hatte seinen eigentlichen großen Auftritt auf der Schlußveranstaltung am 11. September.²⁵ Zu Beginn seiner Rede legte er in allgemeinen Worten die Gründe für sein Erscheinen auf dem Katholikentag dar; diese sah er vor allem in der Kontaktaufnahme mit den katholischen Wählern:

Ich bin hierhingekommen, nicht in der Absicht, irgend etwas zu sagen, ich bin hierhingekommen, nur um zu hören (Heiterkeit) und aus dem Verkehr mit so vielen ausgezeichneten Männern Deutschlands und des Auslandes zu lernen, vor Allem aber auch, um auch an dieser Stelle zu erforschen, inwiefern meine Freunde und ich im vollen Einklang geblieben sind mit den Gefühlen und Anschauungen des katholischen Volkes. Denn, meine Herren, die parlamentarische Thätigkeit hat eine große Gefahr. Wenn man Jahr aus, Jahr ein immer in demselben Kreise sich bewegt, dort zusammen kämpft, so kann gar leicht ein nicht berechtigter Korporationsgeist entstehen, man kann gar leicht sich abschließen vom lebendigen Leben, man kann gar leicht

nicht mehr den lebendigen Pulsschlag des Volkes verstehen, und darum muß man, sobald es Zeit ist, sich mitten unter das Volk begeben, weiß Standes und Geschlechtes es auch sein mag, um genau klar darüber zu sein, wie der Pulsschlag des Volkes ist.²⁶

Dann ging Windthorst auf den eigentlichen Zweck der Generalversammlung ein. Er wies den Katholikentagen mehrere Aufgaben zu. Einmal sollten sie nach außen die Einigkeit im katholischen Lager demonstrieren, insbesondere einen Beweis für das Zusammenwirken von Geistlichen und Laien liefern, das zu zerstören ein wesentliches Anliegen des Kulturkampfes gewesen war; die Generalversammlungen verfolgten den Zweck, „ein gemeinsames Zeugniß für die gemeinsam erkannte Wahrheit abzulegen, um durch die Einmütigkeit des Zeugnisses Freund und Feind zu zeigen, wer wir sind“.²⁷ Zwei Jahre später beschrieb er in Bonn diese Repräsentation des deutschen Katholizismus auf dem Katholikentag folgendermaßen:

Wir Katholiken Deutschlands wollen aller Welt und Jedermannlich alljährlich vor Augen führen, daß wir da sind (Bravo!), daß wir uns nicht an die Seite schieben lassen (Bravo!), daß wir vollbürtige Söhne des Vaterlandes sind (Bravo!), daß wir vollbürtig unsere Pflicht thuen, aber auch vollbürtig unsere Rechte in Anspruch nehmen (Bravo!): Rechte in Bezug auf unser Kirchenwesen, Rechte in Bezug auf das bürgerliche Leben; und wir wollen nicht mehr, daß unsere Gegner allein die Rechte und die Segnungen des Staates und der Gemeinde für sich einsacken und uns einfach zahlen lassen (Stürmischer Beifall). ... Wir sind lange genug die Parias in Deutschland gewesen (Sehr wahr!), wir sind tüchtig genug, um es auszusprechen, und tüchtig genug, um den Andern zu zeigen, daß wir auf allen Gebieten ihnen ebenbürtig sind (Bravo!).²⁸

Die zweite Aufgabe der Katholikentage sah Windthorst darin, „zunächst auf dem kirchlichen Gebiete

21 E. Filthaut (wie Anm. 1), S. 75.

22 Verhandlungen 1879, S. 185—189.

23 Ebenda, S. 185.

24 Ebenda, S. 188.

25 Ebenda, S. 354—369.

26 Ebenda, S. 356f.

27 Ebenda, S. 358.

28 Verhandlungen 1881, S. 298f.

und dann insbesondere auch auf dem socialen Gebiete anregend zu wirken, in dem Sinne unserer katholischen Kirche“.²⁹ In besonderer Weise verstand Windthorst darunter die Förderung und den Ausbau des katholischen Vereinswesens und die Koordination und Zusammenfassung unterschiedlicher Bestrebungen im deutschen Katholizismus; die Generalversammlungen hatten demnach „den besonderen Zweck“, wie er ebenfalls zwei Jahre später in Bonn ausführte, „die einzelnen Männer, welche auf dem katholischen Gebiete thätig sind, in persönlicher Bekanntschaft näher zusammenzuführen“.³⁰

Windthorsts Schlußansprache in Aachen enthielt im wesentlichen bereits das Schema, das auch den Schlußreden auf den folgenden Katholikentagen zugrunde lag. Er gab in der Regel einen Überblick über den Ablauf der Verhandlungen der Generalversammlungen und empfahl in diesem Zusammenhang eine Reihe katholischer Vereine. Dann setzte er sich mit der kirchenpolitischen Lage auseinander und forderte dabei auf, die enge Verbindung mit dem Hl. Stuhl zu wahren und die Resolution, die die weltliche Souveränität des Papstes reklamierte, zu unterstützen.

In Aachen widmete er einen großen Teil seiner Ausführungen der Schulfrage; er forderte die Gewährleistung des Einflusses der Elternschaft und der Kirche und ein Zurückdrängen staatlichen Einwirkens, das in Preußen vor allem nach dem Erlaß des Schulaufsichtsgesetzes von 1872 ein Übermaß erreicht hatte. Seine diesbezüglichen Erklärungen gipfelten in den Sätzen: „Wirkliches, dauerndes, sicheres Heil ist nur dann zu erreichen, wenn den Eltern und der berufenen Lehrerin der Völker, der Kirche, das unbeschränkte Recht, was ihr in Bezug auf die Schule zusteht, eingeräumt wird (Lebhafter Beifall), wenn sie die volle Freiheit in dieser Hinsicht gewinnt.“³¹ Vor allem kam vor dem Hintergrund der fortschreitenden Säkularisierung der Schule den Frauen und Müttern, den „unabsetzbaren Schulinspektoren“, eine herausragende Aufgabe zu; Windthorst war davon überzeugt, „daß alle Versuche des Liberalismus, die Jugend zu verderben, scheitern werden an der liebenden Sorgfalt deutscher Mütter.“³²

Nachdem Windthorst zum Katholikentag in Konstanz 1880 vermutlich aus Gesundheitsgründen nicht gekommen war, war er im folgenden Jahr in Bonn wieder anwesend. In seiner Schlußansprache³³ befaßte er sich insbesondere mit den katholischen Vereinen. Dabei hob er, wie in den folgenden Jahren auch, den Bonifatiusverein hervor. Windthorst hatte dessen segensreiches Wirken selbst als Katholik in der

Diaspora erfahren und kannte außerdem als dessen „Rechtskonsulent“ nähere Einzelheiten.³⁴ Als dringend notwendig erschien es ihm, daß der Verein seine Tätigkeit noch stärker auf ländliche Gebiete ausdehnen konnte, denn

in den Städten ist manches, ja vieles geschehen, dagegen sind in den betreffenden Gegenden diejenigen Katholiken, welche der Arbeit wegen ihren Wohnsitz auf dem Lande haben nehmen müssen, vielfach in der äußersten Bedrängniß, weil sie selbst nicht allsonntäglich zur Kirche gehen können, besonders aber, weil es ihnen nicht möglich ist, für ihre Kinder katholischen Unterricht zu gewinnen.³⁵

Windthorst lenkte später die Aufmerksamkeit der Versammlung auf die „Haupt- und Residenzstadt Berlin“, wo „es mit den kirchlichen Einrichtungen dort sehr mangelhaft aussieht“ und eine Verdoppelung der Zahl der Geistlichen erreicht werden müßte.³⁶

Neben dem Bonifatiusverein empfahl Windthorst in besonderer Weise den Gesellenverein Adolf Kolpings, der seiner Meinung nach „vielleicht die größte sociale That“ war, „die in diesem Jahrhundert geschehen ist“,³⁷ außerdem den von Unternehmern und Arbeiterfreunden getragenen Verein „Arbeiterwohl“ zur Förderung innerbetrieblicher Sozialfürsorge, den Raphaelsverein und den Kaufmännischen Verein. In den folgenden Jahren hob er auch die Bedeutung der katholischen Arbeitervereine als wirksames Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie hervor; er war davon überzeugt, daß erst ihre volle Eingliederung in das kirchliche Vereinswesen „unter Aufsicht und Disciplin der Bischöfe“ sie in die Lage versetzen werde, „die Socialdemokratie mit Erfolg zu bekämpfen“.³⁸

Im Zentrum der Ausführungen über die kirchenpolitische Lage standen in Windthorsts Bonner Abschlusssprache die Versuche der Regierung, mit Hilfe des

29 Verhandlungen 1879, S. 358.

30 Verhandlungen 1881, S. 300.

31 Verhandlungen 1879, S. 364.

32 Ebenda, S. 367.

33 Verhandlungen 1881, S. 297—311.

34 Ebenda, S. 301.

35 Ebenda.

36 Verhandlungen 1886, S. 300.

37 Verhandlungen 1883, S. 281.

38 Verhandlungen 1885, S. 352.

ersten Milderungsgesetzes von 1880³⁹ die ärgsten Auswirkungen des Kulturkampfes einzudämmen; dieses Gesetz, das u. a. eine Wiederbesetzung vakanter Bischofsstühle ermöglichte, war wegen seiner rechtsstaatlichen Problematik vom Zentrum abgelehnt worden. Auf der Grundlage des Milderungsgesetzes war es im Sommer 1881 nach Verhandlungen zwischen der preußischen Regierung und dem Hl. Stuhl zur Berufung des Straßburger Münsterpfarrers Michael Felix Korum auf den vakanten Trierer Bischofsstuhl gekommen.⁴⁰ Für Windthorst war dies ein Anzeichen dafür,

daß der Kampf seinen Höhepunkt bereits überschritten hat, ... wir sind einen erheblichen Schritt weiter gekommen, wir sind noch nicht am Ende, aber, um den mildesten Ausdruck zu gebrauchen, es fängt an, zu dämmern.⁴¹

Die Bedeutung der Trierer Bistumsbesetzung lag darin, daß sie einen Durchbruch in den Verhandlungen um die Beilegung des Kulturkampfes darstellte;

daß in dieser Sache ein Einverständnis zwischen der Regierung und zwischen dem heiligen Stuhle gesucht und gefunden ist, das ist die Thatsache, auf welche ich Werth lege. Denn das wissen wir Alle aus der Lebenserfahrung daß, wenn Zwei nach einem Streite erst einmal wieder in einem Punkte ein freudiges, offenes Einverständnis gefunden haben, die Gemüther sich erweichen, und das Fernere dann folgt.⁴²

Um so dringender war ein fester Schulterschuß im deutschen Katholizismus, um das endgültige Ziel, die völlige Revision der Kulturkampfgesetze, erreichen zu können.

Alles, was geschehen, kann uns nicht veranlassen, die Rüstung abzulegen, in der wir uns befinden (Bravo!). ... Wir stehen neben den Verhandlungen wie eine Armee während den Verhandlungen über die Präliminarien eines Waffenstillstandes, Gewehr bei Fuß, aber das Pulver trocken (Heiterkeit); wenn es sein müßte, gegen unser Wünschen und gegen unser Hoffen, zum neuen Kampf, wenn es sein kann, zu unserer Freude, um Freudensalven abzufeuern (Bravo!); und darum müssen wir in dieser Rüstung voll und ganz beharren, weil wir das Programm, was wir bisher verfolgt haben, voll und ganz aufrecht erhalten müssen (Bravo!), kein Titelchen davon ab, kein Titelchen auch hinzu; denn ... was

haben wir verlangt, und was verlangen wir? — den *status quo ante!* Das ist auch das, was in der Resolution ausgesprochen ist, damit sagen wir nicht, daß wir den *status quo ante* gerade punkt 12 Uhr haben wollen, aber doch um 1, oder um 2, bis wir um 6 Uhr fertig werden. Und um das zu erreichen, müssen wir geschlossen dastehen, und zu dem Ende ist es nothwendig, daß diejenigen, welche bisher die Last des Kampfes vorzugsweise haben tragen müssen, in geordneten Schlachtreihen in Berlin erscheinen (Bravo!) und dazu ist es nöthig, daß Niemand bei den Wahlen fehle (Bravo!).⁴³

Bis zum folgenden Katholikentag in Frankfurt a. M. (11.—14. September 1882) war es in der Zwischenzeit zwar zu weiteren Bischofsnennungen gekommen, aber die staatskirchenrechtliche Situation hatte sich grundsätzlich noch nicht geändert. Deshalb konnte Windthorst auf die Frage, wie es mit dem Kulturkampf stehe, kaum etwas Konkretes berichten,

einfach aus dem Grunde, weil ich in der That nicht viel weiß. Das, was ich weiß, und was ich daraus concludire, das ist das: Es ist in diesem Augenblicke nicht so gut, als es schon gewesen ist (Große Heiterkeit), aber es ist besser, sehr viel besser, als die Liberalen glauben.⁴⁴

Es galt deshalb:

Halten wir den Glauben fest, halten wir die Augen offen und die Hand am Gewehr und seien wir einig, dann wird der Thurm unbesiegt bleiben. (Bravo!) Seien Sie unbesorgt, der Sieg bleibt uns positiv.⁴⁵

Bei einer erneuten Verschlechterung der Lage trat für Windthorst die Regelung des Staat-Kirche-Verhältnisses nach nordamerikanischem Vorbild in den Bereich des Möglichen, worauf er bereits mehrmals während des Kulturkampfes hingewiesen hatte. Die Trennung

39 Text: E. R. Huber u. W. Huber (Hrsg.), Staat und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert. Dokumente zur Geschichte des deutschen Staatskirchenrechts Bd. 2, Berlin 1976, Nr. 387, S. 818 f.

40 Vor allem C. Weber, Kirchliche Politik zwischen Rom, Berlin und Trier 1876—1888. Die Beilegung des preußischen Kulturkampfes, Mainz 1970, S. 33 ff.

41 Verhandlungen 1881, S. 308.

42 Ebenda, S. 309.

43 Ebenda, S. 309 f.

44 Verhandlungen 1882, S. 294.

45 Ebenda.

von Staat und Kirche erschien ihm zwar prinzipiell nicht als wünschenswert; er erblickte in ihr einen letzten Ausweg, um den kirchlichen Freiheitsraum zu gewährleisten.⁴⁶

Die verschärften Angriffe des Liberalismus auf die katholische Kirche und die Zurücksetzung von Katholiken im akademischen Leben hatten auch Windthorst zu einem Befürworter der Errichtung einer katholischen Universität gemacht.⁴⁷ Mit diesem Plan befaßte er sich auch auf dem Katholikentag in Frankfurt; eine katholische Universität sollte gegründet werden,

nicht um die andern zu unterdrücken, ... sondern nur um freie Concurrenz zu haben ... Wir wollen durch die katholische Universität nur erreichen, daß wir die Wissenschaft auf unsere Weise treiben, und daß wir in dieser freien Concurrenz womöglich die anderen Universitäten schlagen.⁴⁸

Solange diese Einrichtung nicht bestand, waren die katholischen Studentenverbindungen „gewissermaßen ein kleiner Ersatz für das, was die katholische Universität leisten soll“.⁴⁹ Der Görres-Gesellschaft kam die Aufgabe zu, die Arbeit katholischer Wissenschaftler zu ermöglichen und zu fördern.⁵⁰

Windthorsts interessanteste Anregung auf dem folgenden Katholikentag, der vom 10.—13. September 1883 in Düsseldorf stattfand, war ein internationaler Zusammenschluß von Katholiken, gewissermaßen die Übertragung der deutschen Katholikentage auf eine internationale Ebene. Die wachsende Anzahl von Katholiken aus dem benachbarten Ausland, die an den Generalversammlungen teilnahmen, regte Windthorst vermutlich zu diesem Gedanken an. Er benutzte die Treffen, um den ausländischen Katholiken, vor allem den Holländern, Belgiern und Amerikanern, für ihre Unterstützung während des Kulturkampfes zu danken. Gleichzeitig wies er auf kirchenfeindliche Entwicklungen in anderen Ländern hin und sicherte den betroffenen Kirchen die Sympathie der deutschen Katholiken zu. Eine „große internationale Association der Katholiken“ erschien ihm wegen ihres Einflusses auf die Regierungen und die öffentliche Meinung als ein geeignetes Mittel zur „Behauptung der Rechte und der Freiheiten ihrer Kirche“ und im Kampf zur Wiederherstellung der päpstlichen Souveränität.⁵¹

Die bevorstehenden Feiern zum 400. Geburtsdatum Martin Luthers ließen im deutschen Katholizismus Befürchtungen vor einer Verschärfung der konfessio-

nellen Gegensätze aufkommen. Vor diesem Hintergrund rief Windthorst zur Toleranz auf und wies auf die Pflicht der Katholiken hin, „die Andersdenkenden wie unsere Brüder zu achten und zu lieben“ und ihre Rechte zu verteidigen „wie die eigenen, auf dem Boden voller Parität“.⁵² Die „einzige Revanche, welche wir gegen gewisse Unternehmungen haben könnten“, sollte die Gründung eines Gebetsvereins sein, um „Gott im Himmel anzuflehen, daß er die Tage der Prüfung abkürze und der Glaubensspaltung in Deutschland ein Ende mache“.⁵³ Als Gründungsdatum des Gebetsvereins bot sich seiner Meinung nach der 10. November, der Geburtstag Luthers, an.

Auf dem Katholikentag in Amberg (31. August bis 4. September 1884) befaßte sich Windthorst vor dem Hintergrund der beginnenden deutschen Kolonialpolitik in seiner Schlußansprache mit der Notwendigkeit, den deutschen Missionaren das Wirken in den Kolonien zu ermöglichen; dazu waren sowohl die materiellen als auch die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.⁵⁴ Der Aufruf, das Missionswerk aus nationalen wie aus konfessionellen Gründen zu fördern, war in der Folgezeit ein fester Bestandteil seiner Schlußansprachen auf den Katholikentagen. In Amberg und auch auf dem folgenden Katholikentag, der vom 30. August—3. September 1885 in Münster stattfand, warb Windthorst in einem Maße wie nie zuvor um die Unterstützung der Wähler für die Zentrumsparterie bei der bevorstehenden Reichstagswahl von 1884⁵⁵ und der Wahl zum preußischen Abgeordnetenhaus 1885.⁵⁶ In einer Zeit, in der der Kulturkampf zu „versumpfen“ schien, d. h. die Kulturkampfgesetze zwar modifiziert, aber in ihrem Kern nicht revidiert worden waren, hielt Windthorst eine starke Vertretung des politischen Katholizismus in den Parlamenten für besonders notwendig, um die Regierung zu weiteren Zugeständnissen zu zwingen. Man durfte die Dinge „nicht so allmählich ... einschlafen“ lassen.⁵⁷ Windthorst for-

46 Ebenda, S. 293 f.

47 Vgl. allgemein H.-J. Brandt, Eine katholische Universität in Deutschland? Das Ringen der Katholiken in Deutschland um eine Universitätsbildung im 19. Jahrhundert, Köln/Wien 1981.

48 Verhandlungen 1882, S. 296.

49 Ebenda, S. 297.

50 Ebenda, S. 298.

51 Verhandlungen 1883, S. 273—284, bes. S. 276—278.

52 Ebenda, S. 279.

53 Ebenda.

54 Verhandlungen 1884, S. 235—249, hier: S. 245 f.

55 Ebenda, S. 243—245, 271—275.

56 Verhandlungen 1885, S. 345—347, 354—356.

57 Ebenda, S. 346.

derte die Besucher der Katholikentage auf, dafür zu sorgen, daß in jedem Wahlkreis Wahlkomitees gebildet und geeignete Kandidaten aufgestellt würden. War ein eigener Zentrumskandidat nicht durchzubringen, sollten politisch nahestehende Bewerber gewählt werden, jedoch nicht ohne ihnen zuvor das Versprechen abzunehmen, den kirchenpolitischen Kurs des Zentrums unterstützen zu wollen. Die Wähler sollten außerdem darüber wachen, daß die Zentrumsabgeordneten auch regelmäßig an den Parlamentssitzungen teilnahmen, denn „mit einer Armee, die zu Hause ist, kann man keine Schlachten schlagen“.⁵⁸ Windthorst wies hier auf einen Umstand hin, die Abwesenheit von Abgeordneten bei Plenarsitzungen, unter dem auch die Zentrumsfraktion zu leiden hatte.

Als die XXXIII. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands vom 29. August—2. September 1886 in Breslau stattfand, war in Preußen bereits das erste Friedensgesetz⁵⁹ verabschiedet worden. Es beseitigte u. a. endgültig das Kulturexamen für die Theologiestudenten, ermöglichte die Wiedereröffnung der bischöflichen theologischen Lehranstalten unter weitgehendem Wegfall der Staatsaufsicht und hob den Königlichen Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten auf, dem die Kompetenz zur Absetzung von Bischöfen zugestanden hatte. Das Gesetz war im wesentlichen durch Verhandlungen zwischen der Kurie und der Berliner Regierung unter Ausschaltung der Zentrumspartei zustande gekommen. Da es lediglich einen Teil der alten Kulturkampfgesetze aufhob, vor allem die Anzeigepflicht, die Benennung der Kandidaten für geistliche Stellen beim Oberpräsidenten durch die Bischöfe, nicht zur Zufriedenheit des Zentrums regelte, traf die Gesetzesvorlage in der Partei auf Widerstand. Nur aufgrund einer direkten Anweisung seitens der Kurie stimmte die Zentrumsfraktion des preußischen Abgeordnetenhauses der Vorlage zu. Dieses Vorgehen hatte zu erheblichen Spannungen zwischen der Kurie und dem Zentrum unter Windthorst geführt.⁶⁰ Windthorst mußte auf der einen Seite den kirchenpolitischen Fortschritt anerkennen, zum anderen mußte jeder Anschein vermieden werden, als ob sich die Katholiken mit dem Erreichten abgefunden hätten. Die Spannungen im Verhältnis zur Kurie durften nicht an die Öffentlichkeit dringen.

In seiner Abschlußrede in Breslau⁶¹ gestand Windthorst ein, daß die Lage der Kirche sich verbessert habe.

Dank den unverdrossenen Bemühungen Sr. Heiligkeit des Papstes, Dank dem landesväterlichen Herzen unseres Kaisers (Bravo!) haben wir

in der letzten Session des Landtags einen bedeutenden Schritt zum Besseren gethan, und wir würden nicht unsere Pflicht gegen den Papst wie gegen den Kaiser erfüllen, wenn wir dies nicht öffentlich und laut hier anerkennen wollten. (Bravo!)

Damit aber ist nicht gesagt, daß wir nun schon am Ende wären. Es hat Leute gegeben, welche mir sagten, wir würden doch nun wohl stille sein, (Heiterkeit) und namentlich *mir* sagten, *ich* sollte stille sein. (Große Heiterkeit) Meine Herren, diese Mahnung ist für uns alle und für mich vergeblich; (Heiterkeit) denn ich werde nicht stille sein und Sie gewiß alle mit mir nicht, bis wir vollständig den *status quo ante* wieder haben; d. h. bis unsere Verhältnisse wieder so gestellt sind, wie sie vor dem Kulturkampf waren. (lebhafter Beifall)⁶²

Windthorst gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß die „Verhältnisse so tropfenweise geordnet“ würden, vor allem entspreche dieses nicht dem gewohnten Vorgehen Bismarcks, der ansonsten in der Lage sei, „mit einem Schlage in ein paar Zügen das Ganze in Ordnung zu bringen“; in diesem Fall schien er aber daran gehindert zu sein, „weil ihm die Geheimräthe zu viel Schwierigkeiten gemacht“ hätten.⁶³ Windthorst forderte die Versammlung auf, dafür zu beten, daß Gott die Personen, die entscheidend an der Beilegung des Kulturkampfes mitwirkten, in besonderer Weise den Papst und den Kaiser, „noch lange, lange erhalten möge. (Bravo! und Beifall.) Auf jeden Fall bitten wir, daß er sie so lange erhalte, bis sie das von ihnen begonnene Werk beendet haben“.⁶⁴ Um nicht den geringsten Anschein eines Dissenses zwischen der Partei und der Kurie aufkommen zu lassen, was Gefahren für die notwendige Einheit im deutschen Katholizismus heraufbeschworen hätte, widmete sich Windthorst am Ende seiner Rede besonders ausführlich der Lage des Hl. Stuhls, verurteilte scharf das Vorgehen der italienischen Regierung, die die Unabhängigkeit des Papsttums gefährdete, und stellte es als die „vornehmste“ Aufgabe der Generalversammlung

58 Verhandlungen 1884, S. 273.

59 Text: E. R. Huber u. W. Huber (wie Anm. 39), Nr. 414, S. 867—870.

60 M. L. Anderson (wie Anm. 13), S. 335 ff.; H.-G. Aschoff, Rechtsstaatlichkeit (wie Anm. 13), S. 186 ff.

61 Verhandlungen 1886, S. 295—308.

62 Ebenda, S. 303 f.

63 Ebenda, S. 304.

64 Ebenda, S. 305.

gen hin, für die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes einzutreten.⁶⁵

Der Katholikentag in Trier (28. August—1. September 1887), der ohne Zweifel der bedeutendste in Windthorsts politischem Leben war, fand bereits nach der förmlichen Beilegung des preußischen Kulturkampfes statt. Am 29. April 1887 war das zweite Friedensgesetz⁶⁶ vom preußischen König vollzogen worden, das die kirchliche Straf- und Disziplinargewalt in ihrem alten Umfang wiederherstellte und die Rückkehr der aufgehobenen Orden nach Preußen sowie die Errichtung neuer Ordensniederlassungen mit staatlicher Genehmigung ermöglichte. Auch diesem zweiten Friedensgesetz, das immer noch nicht die vollständige Revision der Kulturkampfgesetze gebracht hatte, hatte die Zentrumsfraktion erst auf ausdrückliche Anordnung des Papstes hin zugestimmt. Zu den Relikten der Kulturkampfgesetzgebung, die einstweilen bestehen blieben, gehörten der Kanzelparagraph, das Jesuitengesetz, die Aufhebung der Kirchenartikel in der preußischen Verfassung, das Expatriierungsgesetz, das Schulaufsichtsgesetz, die Anzeigepflicht und das staatliche Veto bei der Besetzung von Pfarrstellen. Die Beziehungen zwischen der Kurie und dem Zentrum waren weiterhin gespannt, sie hatten sogar infolge des Septennatsstreites vom Winter 1886/87 einen Tiefpunkt erreicht.⁶⁷ Unter Windthorsts Führung hatte die Reichstagsfraktion des Zentrums einer Aufforderung des Papstes, im Sinne der Regierung dem Septennat, der siebenjährigen Bewilligungsperiode für den Heeresetat, zuzustimmen, aus konstitutionellen Gründen nicht Folge geleistet, was zu einer schweren Desavouierung der Zentrumsführung und speziell Windthorsts durch Leo XIII. geführt hatte. In einer seiner bedeutendsten Reden gelang es Windthorst am 6. Februar 1887 im Kölner Gürzenich,⁶⁸ den durch die Kurie angerichteten Schaden für das Zentrum zu begrenzen, vor allem aber die Unabhängigkeit der Partei von kirchlichem Einwirken in allgemeinpolitischen Fragen darzulegen.

Auf dem Trierer Katholikentag mußte Windthorst in ähnlicher Weise vorgehen wie im Jahr zuvor in Breslau; er mußte die Verdienste des Papstes um die Beilegung des Kulturkampfes würdigen, gleichzeitig aber auch deutlich machen, daß die völlige Revision der Kulturkampfgesetze noch ausstand; gleichzeitig mußte er alles vermeiden, was auf Dissonanzen zwischen ihm, der Partei und Rom hinweisen könnte. Deshalb sprach Windthorst an erster Stelle dem Papst Dank für das Erreichte aus,

der unermüdlich für den Frieden gewirkt hat, der von dem Beginne seines Pontifikates an nicht aufgehört hat, stets neue Anträge in diesem Sinne zu stellen. ... *Einen solchen Vater auf dem Stuhle Petri zu wissen, das ist eine sehr große Beruhigung.*⁶⁹

Man wäre aber nicht so weit gekommen, wenn es nicht die „Einmütigkeit, Standhaftigkeit“ und den „Martyrersinn unserer Bischöfe“ gegeben hätte und die Beharrlichkeit des Klerus:

Was der gesamte Klerus geduldet, und in welcher Weise er das geduldet und getragen hat, das wird für immer in der Geschichte aufgezeichnet bleiben. Der Klerus hat eine Uneigennützigkeit bewiesen gegenüber dem Sperr- und den übrigen Straf- und Kampfgesetzen, eine Opferwilligkeit, bei der geringen Zahl der Geistlichen eine Thatkraft, die in jeder Hinsicht bewunderungswürdig ist.

Man mußte dem Klerus dafür danken, daß

*er uns gerettet hat vor der Staatskirche, (Bravo!) daß er uns gerettet hat den reinen festen Glauben. Ich will nicht näher erörtern, was alles man vorhatte. (Bravo!) Aber ... das will und muß ich aussprechen: wäre der Klerus nicht so fest und nicht so tapfer gewesen, es wäre manches geschehen, was glücklicherweise jetzt nicht geschehen ist.*⁷⁰

Ihre Pflicht hatten nach Windthorsts Meinung auch das „katholische Volk“ und dessen parlamentarische Beauftragte erfüllt. Dem Zusammenwirken von Papst, Episkopat, Klerus und katholischer Bevölkerung war es zu verdanken, „daß wir einen großen Schritt zum Frieden gemacht haben“. Diese Einigkeit mußte auch in der Zukunft erhalten bleiben, denn „der Friede selbst ist es noch nicht“.⁷¹ Dieser war nach Windthorsts Ansicht erst gewährleistet, wenn der Status quo

65 Ebenda, S. 305—308.

66 Text: E. R. Huber u. W. Huber (wie Anm. 39), Nr. 420, S. 883 f.

67 Vgl. M. L. Anderson (wie Anm. 13), S. 346 ff.; H.-G. Aschoff, Rechtsstaatlichkeit (wie Anm. 13), S. 202 ff.

68 Die Rede im Gürzenich zuletzt veröffentlicht in: H.-G. Aschoff, Windthorst, Quellentexte (wie Anm. 13), S. 63—74.

69 Verhandlungen 1887, S. 259.

70 Ebenda, S. 259 f.

71 Ebenda, S. 260.

ante, der „Zustand, der vor den Maigesetzen bestand“, ⁷² wiederhergestellt worden sei.

Windthorst war sich bewußt, daß der Kulturkampf erheblich zum Zusammenhalt der Zentrumspartei und zum Zusammenschluß im deutschen Katholizismus beigetragen hatte. Mit einer Beruhigung und Verbesserung der kirchenpolitischen Lage, wie sie nach den Friedensgesetzen eintrat, konnten Gefahren für die Einigkeit entstehen, weil die äußere Bedrohung nachließ. Um dem entgegenzuwirken, erhielt die Forderung nach vollständiger Wiederherstellung des staatskirchenrechtlichen Status quo der Zeit vor dem Kulturkampf ihre Bedeutung. Vor allem mußte ein relevantes Problem herausgestellt werden, das die Katholiken weiterhin mobilisieren und hinter der Zentrumspartei vereinigen konnte. Hier bot sich die im kirchlichen Sinne noch nicht gelöste Schulfrage an. Zeit seines politischen Lebens hatte Windthorst ihr hohe Bedeutung beigemessen; beständig war er für die Sicherung des kirchlichen Einflusses auf die Schule eingetreten. Dies begründete er mit den traditionellen Rechten der Kirche an der Schule, die ihren Ursprung im kirchlichen Raum gehabt hatte. Der kirchliche Einfluß auf die Schule war darüber hinaus aber auch ein Mittel, um überzogenen staatlichen Machtansprüchen entgegenzuwirken. Eine gedeihliche Erziehung erschien ihm nur auf einer positiven religiösen Grundlage möglich. ⁷³ Auf dem Katholikentag in Trier eröffnete Windthorst seinen „schulpolitischen Feldzug“ ^{73a}. Er forderte die völlige Beseitigung des preußischen Schulaufsichtsgesetzes von 1872, das die alleinige staatliche Schulinspektion eingeführt hatte. Er hielt eine Änderung der Schulverhältnisse für unbedingt notwendig, weil der derzeitige Zustand den „Kulturkämpfern“ weiterhin Einfluß auf die Jugend verlieh und damit letztlich alle kirchlichen Siege im Kulturkampf konterkarierte. Seine Rede gipfelte in den Worten:

Wir können nicht zugeben, daß die Gegner allein über die Schule disponieren, und das thun sie jetzt. ... Die Schule gehört der Kirche, und vor allem auch den Eltern, und doch haben die Eltern in Beziehung auf Anstellung der Lehrer heutzutage so gut wie gar nichts zu sagen, ebensowenig wie in Beziehung auf die Beaufsichtigung. Das ist nicht zu ertragen. Es ist aber wesentlich so durchgeführt durch das Schulaufsichts-Gesetz, welches in den siebenziger Jahren als Frucht des Kulturkampfes gegeben wurde. Dieses Schulaufsichts-Gesetz muß vor allem aufgehoben werden! (Bravo!) ⁷⁴

Da Windthorst sich durchaus bewußt war, daß eine vollständige Revision des Schulaufsichtsgesetzes einstweilen kaum zu erreichen war, konzentrierte er seine Forderungen auf die vollständige Leitung und die selbständige Erteilung des Religionsunterrichtes durch die Kirche, der ihr aufgrund des Schulerlasses vom 18. Februar 1876 weitgehend entzogen worden war. „Den Religionsunterricht wollen wir ganz und voll wieder haben,“ sagte er unter tosendem Beifall der Katholikentagsteilnehmer. ⁷⁵ Als Windthorst derartige Anträge dann im Februar 1888 im preußischen Abgeordnetenhaus einbrachte, scheiterte er an der Parlamentsmehrheit. Durch sein Vorgehen hielt er jedoch die Schulfrage in der Diskussion. Wenn auch bis zum Ende der Monarchie kein umfassendes Schulgesetz mehr zustande kam, das den weitreichenden kirchlichen Interessen entsprochen hätte, so blieben die Schulverhältnisse in der Praxis auch für die Kirche akzeptabel, nicht zuletzt weil die preußische Regierung am Prinzip der konfessionellen Schule festhielt.

Wie ein Leitmotiv durchzog Windthorsts Reden auf den letzten drei Katholikentagen, an denen er teilnehmen konnte, die Versicherung, daß die Katholiken die Überzeugungen, Bekenntnisse und Rechte Andersdenkender stets respektieren werden, daß man aber auch selbst seine Rechte voll ausschöpfen werde:

Wir sind bereit, niemals anzugreifen, aber unter allen Umständen uns zu wehren, wenn wir angegriffen werden, — aber stets mit offenem Visir! (Bravo!) ... Wir wollen unter keinen Umständen bloß geduldet sein. Wir wollen von der Gnade niemandes leben (Bravo!). Wir wollen unser Recht voll und ganz (Bravo!). ⁷⁶

Vor allem gegen die Angriffe des Evangelischen Bundes, einer 1886 mit dem Ziel der Verteidigung evangelischer Interessen gegen den durch den Kulturkampf erstarkten Katholizismus gegründeten Vereinigung, setzte er sich zur Wehr. Um der „confessionellen Hetze“ entgegenwirken zu können, hielt Windthorst die Gründung eines „Katholischen Bundes weltlicher

72 Ebenda, S. 261.

73 Vgl. H.-G. Aschoff, Rechtsstaatlichkeit (wie Anm. 13), S. 85 f.

73a E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789 Bd. 4, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1969, S. 885.

74 Verhandlungen 1887, S. 264.

75 Ebenda, S. 265.

76 Verhandlungen 1888, S. 10f.

Natur“ für möglich, „welcher gegen derartige Angriffe Front macht, welcher die irrigen Ansichten, die jener Bund im Volke verbreitet, corrigirt und auf allen Seiten unsere Interessen wahrnimmt“. Ein derartiger katholischer „Verteidigungsbund“ erschien Windthorst allerdings als nicht wünschenswert, weil das „die Schlachtordnungen beider Confessionen vollständig herstellen ... und zum Schaden und zum Verderben des deutschen Reiches“ führen würde.⁷⁷ Neben dieser Mahnung zu Toleranz und Parität hielt Windthorst auch in seinen letzten Katholikentagsreden an der Forderung nach Wiederherstellung der Rechte und der vollen Freiheit der Kirche fest; es sollten die „Reste des leidigen Kulturkampfes ... nicht allein in Preußen, sondern in allen anderen deutschen Ländern“ beseitigt werden.⁷⁸

Darüber hinaus setzte sich Windthorst in seinen Reden immer wieder mit Angriffen von Nichtkatholiken auseinander und nahm weiterhin Stellung zu konkreten politischen Ereignissen. Auf dem Katholikentag in Freiburg (2.—6. September 1888) wies er den Vorwurf zurück, die ständige Forderung der Katholiken nach Wiederherstellung der weltlichen Souveränität des Papstes gefährde den 1882 geschlossenen Dreibund zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und Italien, womit erneut Zweifel an der nationalen Zuverlässigkeit der Katholiken geäußert wurden. Windthorst machte deutlich, daß den deutschen Katholiken an einer „Lockerung dieses Vertrages“ nichts liegen könne, daß sie vielmehr für dessen „möglichste Stärkung ... im Interesse des Friedens“ einträten.⁷⁹ Er war davon überzeugt, daß gerade die Lösung der römischen Frage zur Kräftigung des Dreibundes beitragen werde.⁸⁰

Auf dem Katholikentag in Bochum (25.—29. August 1889) widmete sich Windthorst in besonderer Weise der sozialen Frage. Ein wichtiger Grund hierfür waren die Massenstreiks, die im Frühjahr und Frühsommer 1889 im Bergbau des Ruhrgebietes stattgefunden hatten. Nicht zuletzt um sich gegen den Vorwurf verwahren zu können, die Katholikenversammlung heize die revolutionäre Stimmung an, wies Windthorst bereits auf dem Begrüßungsabend darauf hin, daß Bochum als Tagungsort bereits auf der vorangegangenen Generalversammlung ausersehen worden sei und daß der Katholikentag nicht in „irgend welcher Verbindung stehe mit der großen Lohnbewegung, welche in dem westfälischen Kohlenbezirk stattgefunden hat“.⁸¹ In seinen sozialpolitischen Äußerungen betonte Windthorst, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufeinander bezogen seien, daß ihre Interessen

„einander nicht entgegenstehen, sondern gemeinsame sind“. Das wirtschaftliche Leben könne nur

in einem wechselseitigen, guten Einvernehmen [gedeihen]. Die Arbeiter müssen die Arbeitgeber ehren und ihr Interesse fördern; es ist ihr eigenes Interesse. Ebenso müssen die Arbeitgeber die Interessen der Arbeiter als die ihrigen ansehen, die Arbeiter sind die Kinder ihres Hauses.⁸²

Seine Ausführungen, denen paternalistische Untertöne nicht fehlten, gipfelten während der Schlußansprache in den Worten:

Also Frieden, gemeinsame Arbeit, wechselseitige Achtung, wechselseitige Liebe, das sind die Grundlagen, auf welchen ein gutes Verhältniß hergestellt werden kann.⁸³

Auf einer Versammlung der katholischen Arbeitervereine Bochums, die im Rahmen der Generalversammlung stattfand, hob Windthorst die fortschrittlichen sozialpolitischen Bemühungen der Zentrumspartei vor allem auf dem Gebiet der Arbeiterschutzpolitik hervor und appellierte an die Arbeiter, bei ihren wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen niemals den „Weg des Gesetzes“ zu verlassen.⁸⁴

Als eine der großen Herausforderungen der Zeit betrachtete Windthorst das Wachsen der Sozialdemokratie; für ihn bestand kein Zweifel daran, daß der staatliche Kampf gegen die Kirche, die Einengung ihrer Wirksamkeit, auch die Beschränkung der Orden, die seiner Meinung nach einen wesentlichen Beitrag der katholischen Kirche zur Milderung sozialer Not darstellten, das Anwachsen der sozialdemokratischen Bewegung begünstigten. Trotz aller weltanschaulichen Unterschiede lehnte Windthorst es vehement ab, dieser Bewegung mit Hilfe von Ausnahmegesetzen entgegenzutreten, wie es mit dem Sozialistengesetz von 1878 geschehen war. Es galt vielmehr, wie er auf dem Koblenzer Katholikentag 1890 ausführte, „die Sozialdemokratie mit allen gesetzlichen Mitteln“ zu bekämpfen:

77 Verhandlungen 1889, S. 195.

78 Verhandlungen 1890, S. 373.

79 Verhandlungen 1888, S. 337.

80 Verhandlungen 1889, S. 129 f.

81 Ebenda, S. 51.

82 Ebenda.

83 Ebenda, S. 198.

84 Ebenda, S. 216 ff.



Bischof Josef Homeyer am Grabe Ludwig Windthorst in der St.-Maria-Kirche in Hannover, deren Bau Windthorst nachhaltig gefördert hatte. (Foto: Deppe)

Mit den Grundsätzen dieser ist ein Paktieren unmöglich; wollen die Herren die Verbesserung der arbeitenden Klassen durch Reform erstreben, so werden wir mit ihnen gerne und freudig arbeiten; denn wir erkennen auch in den Sozialdemokraten unsere Mitmenschen und unsere Mitbürger; aber wir werden bei ihnen wie bei allen, welche destruktive Tendenzen in der bezeichneten Richtung verfolgen, sehr ernst die Frage in Betracht zu ziehen haben, ob nicht durch besondere Vorkehrungen, sei es im Vereinsleben, sei es in der Litteratur, Mittel geschaffen werden müssen, um mit größerem Erfolge die Sozialdemokratie zu bekämpfen.⁸⁵

Damit kündigte Windthorst die bevorstehende Gründung des „Volksvereins für das katholische Deutschland“ an.⁸⁶ Der Volksverein trat im Oktober 1890 ins Leben und entwickelte sich zu einer der größten Massenorganisationen des Kaiserreiches. Er trug wesentlich zur sozialpolitischen Orientierung der deut-

schen Katholiken bei und versuchte mit seinen reformerischen Zielsetzungen z. T. mit Erfolg, den Einfluß der Sozialdemokratie auf die katholische Arbeiterschaft einzudämmen. Ein Verdienst Windthorsts war es, daß er die ursprünglich geplante antiprotestantische Zielrichtung des Vereins verhinderte und ihn auf das Gebiet der sozialpolitischen Massenschulung hinlenkte.

Dieser Katholikentag in Koblenz (24.—28. August 1890) war der letzte, an dem Windthorst teilnahm. Einen neuen Akzent setzte er in der Schlußrede bei seinen Ausführungen über die Stellung des Hl. Stuhls. Über seine früheren Äußerungen hinaus, daß eigentlich alle Staaten ein Interesse an der territorialen Souveränität und an der Unabhängigkeit des Papstes als Repräsentanten des konservativen und des Autoritätsprinzips haben müßten, wies er nun dem Papst außerdem eine wesentliche Funktion bei der Erhaltung des Friedens zu. Das Papsttum erschien ihm als eine Einrichtung, die besonders gut geeignet sei, bei Auseinandersetzungen zwischen Staaten als Schiedsgericht aufzutreten; ähnlich hatte es schon 1885 bei der Herstellung eines Konsenses zwischen dem Deutschen Reich und Spanien in der Karolinenfrage gehandelt:

Die Konstruierung eines Schiedsgerichts wird immer schwer sein, wenn es in künstlicher Weise geschieht; es kann außerordentlich leicht sein, wenn ein neutraler, verständig sprechender Mann mit *Autorität* da ist, der die Sache leitet, wenn das Bedürfnis des Schiedsspruches im allgemeinen anerkannt worden ist. Denn so werden die Völker, auch die, welche dem katholischen Glauben nicht angehören, sich überzeugen, daß keiner geeigneter ist, den Schiedsspruch zu geben, zu vermitteln, oder dem betreffenden Gericht zu präsidieren, als der heilige Vater.⁸⁷

Diese eher visionären als den realpolitischen Gegebenheiten entsprechenden Ausführungen waren Windthorsts letzte Worte auf einem Katholikentag. Es klang wie eine Vorahnung, als er die Abschlusssprache mit den Sätzen beendete:

85 Verhandlungen 1890, S. 377.

86 Über den Volksverein v. a. E. Ritter, Die katholisch-soziale Bewegung Deutschlands im neunzehnten Jahrhundert und der Volksverein, Köln 1954; H. Heitzer, Der Volksverein für das katholische Deutschland im Kaiserreich 1890—1918, Mainz 1979.

87 Verhandlungen 1890, S. 379.

Ob es mir vergönnt sein wird, noch ferner teilzunehmen, ob ich nochmal zu einer Versammlung wiederkommen kann, das steht in Gottes Hand. Wenn es mir aber nicht vergönnt sein wird, dann bewahren Sie mir ein freundliches Andenken, und lassen Sie mich hoffen, daß wenigstens Ihre Gebete mir folgen, wenn ich nicht mehr bin!⁸⁸

IV.

Windthorst hatte die Katholikentage als eine Plattform erkannt, auf der er neben den Parlamenten seine politischen Vorstellungen publikumswirksam verbreiten konnte. Bedingt durch die Zeitumstände, vor allem durch die Nachwirkungen des Kulturkampfes, aber auch durch das regelmäßige Auftreten des Zentrumsführers und anderer Repräsentanten der Partei erhielten die Generalversammlungen durchaus ein politisches Aussehen, wenn auch ihr religiös-kirchlicher Charakter weiterhin erhalten blieb. In mancher Hinsicht nahmen die Katholikentreffen die Funktion eines Parteitages für das Zentrum wahr, auf denen sich dieses personell und programmatisch darstellen konnte. Eine Rechenschaftslegung fand seitens der Partei nur in ganz allgemeiner Form statt; auch kam es nicht zu politischen Entschlüssen auf demokratischer Grundlage, die die Partei gebunden hätten. Die Zentrumsführung und insbesondere auch Windthorst bemühten sich, gerade dies zu vermeiden. Die politischen Äußerungen der Katholikentage wurden eher von der Zentrumsführung her bestimmt. Aufgrund aktiver Mitwirkung von Zentrumsabgeordneten bei der Organisation und Vorbereitung der Versammlungen, vor allem bei der Auswahl von Rednern und der Formulierung der Resolutionen, gelang es der Partei, ihren politischen Standpunkt zwar zur Geltung zu bringen, aber Entschlüsse zu verhindern, die ihre freie

parlamentarische Tätigkeit eingeengt hätten.⁸⁹ Die Schlußansprache, die Windthorst praktisch als „Gewohnheitsrecht“ zufiel, verschaffte ihm die Möglichkeit, die wichtigsten Äußerungen der Generalversammlung noch einmal zusammenzufassen und in seinem Sinn zu interpretieren.

Windthorsts wachsende Popularität im deutschen Katholizismus trug zu einer Aufwertung und stärkeren Öffentlichkeitswirkung der Katholikentage bei, von der der Zentrumsführer wiederum profitierte. Planvoll förderte er durch die Katholikentage die Verbindung zwischen dem politischen Katholizismus, wie er sich in der Zentrumspartei darstellte, und anderen Organisationen im deutschen Katholizismus. Er erwartete, daß von dem Ort, wo der Katholikentag stattfand, „eine gewisse geistige Anregung in die betreffende Gegend“⁹⁰ ausging, mithin die katholische Bewegung und damit auch die Position des Zentrums dort gestärkt würden. In der Beilegungsphase des Kulturkampfes boten ihm die Katholikentage darüber hinaus die Möglichkeit, den Katholiken Siegeszuversicht zu vermitteln und ihr Selbstbewußtsein zu festigen. Das verband er mit der Darlegung seiner wichtigsten politischen Grundsätze, wie Toleranz, Parität, Minderheitenschutz, staatsbürgerliche Rechtsgleichheit und Sicherung individueller und korporativer Freiheit, auf denen das Gemeinwesen aufbauen mußte. In einem stärkeren Maße, als dies im parlamentarischen Bereich möglich sein konnte, zeigten sich in Windthorsts Reden auf den Katholikentagen seine enge Verbundenheit mit der katholischen Kirche und seine tiefe Gläubigkeit und religiöse Überzeugung.

Bildverzeichnis

Seite 145: Kirchenzeitung der Diözese Hildesheim

Seite 152: Bildarchiv des Bistums Hildesheim.

88 Ebenda, S. 380.

89 Vgl. auch U. Mittmann (wie Anm. 10), S. 117 ff.

90 Verhandlungen 1886, S. 214.